

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 4. April bis 7. April 2022 Straßburg

Ukraine: Schutz von Kindern und Jugendlichen auf der Flucht vor Gewalt

Debatte am Dienstag mit Rat und Kommission über mögliche EU-Maßnahmen, um Kinder, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, zu schützen, insbesondere vor Menschenhandel und Ausbeutung

4

Debatte mit Michel und von der Leyen zu den Ergebnissen des EU-Gipfels im März

Am Mittwochmorgen werden die Abgeordneten mit den Präsidenten Charles Michel, Ursula von der Leyen und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell die Ergebnisse des EU-Frühjahrgipfels erörtern.

6

Zwei Jahre Von-der-Leyen-Kommission: Aktuelle Fragestunde

Am Dienstag um 15:00 Uhr befragen die Abgeordneten die Kommission zu ihrer Bilanz der letzten zwei Jahre und zur Umsetzung ihrer politischen Prioritäten.

7

Fragestunde mit Josep Borrell zu den Sicherheits- und Verteidigungsplänen der EU

Am Dienstag werden die Abgeordneten den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zur Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der EU für das kommende Jahrzehnt befragen.

8

„Green Deal“: Neue Leitlinien für transeuropäische Energieinfrastruktur

Das Parlament will aktualisierte Regeln für die Förderwürdigkeit von Energieprojekten billigen und somit die bestehende Verordnung an den Grünen Deal der EU anpassen

9

Klimawandel: Debatte über beunruhigenden neuen UN-Bericht

Debatte am Montag mit Kommission und Rat über den jüngsten Bericht des Weltklimarates, in dem dringende Maßnahmen zur Begrenzung einer globalen Erwärmung auf 1,5°C gefordert werden.

10

„Fit für 55“: Abstimmung über Marktstabilitätsreserve für den Emissionshandel

Debatte und Abstimmung zur Verlängerung der Marktstabilitätsreserve des EU-Emissionshandelssystems, um es vor externen Schocks wie COVID-19 zu schützen. 11

Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen: Bilanz der EU-Reaktionen

Am Mittwochnachmittag befragen die Abgeordneten Rat und Kommission zu deren bisherigen Reaktionen auf die Rückschritte in Bezug auf die Demokratie in Ungarn und Polen 12

Recht auf Reparatur: Was die Abgeordneten von der Kommission erwarten

Ein neues „Recht auf Reparatur“ muss Waren haltbarer und reparierbarer machen und eine bessere Kennzeichnung zur Verbraucherinformation sowie eine Erweiterung der Garantierechte umfassen 13

Situation der Frauen in Afghanistan

Nach der drastischen Verschlechterung der Frauenrechte in Afghanistan werden die Abgeordneten mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell am Dienstag die Lage in dem Land bewerten. 14

Europäisches Datengesetz: Förderung des EU-weiten Datenaustauschs

Das Parlament wird am Mittwoch über neue Pläne abstimmen, um Daten für Firmen oder Start-ups zugänglicher zu machen und so Innovationen zu fördern. 15

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 17

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2022-04-04>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 4. April bis 7. April 2022 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)

[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

☎ (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@ep.europa.eu

Maren HÄUSSERMANN

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17217

☎ (+43) 660 4444 330

✉ maren.haeussermann@europarl.europa.eu

Ukraine: Schutz von Kindern und Jugendlichen auf der Flucht vor Gewalt

Debatte am Dienstag mit Rat und Kommission über mögliche EU-Maßnahmen, um Kinder, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, zu schützen, insbesondere vor Menschenhandel und Ausbeutung

Nachdem am 3. März der [vorübergehende Schutz für Flüchtlinge aus der Ukraine](#) eingeführt wurde, der ein befristetes Aufenthaltsrecht und Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt gewährt, arbeiten die [Kommission](#) und die [französische Ratspräsidentschaft](#) an einem [Zehn-Punkte-Plan](#), um die gemeinsame europäische Reaktion zu verbessern. Dazu gehören eine EU-Registrierungsplattform und die Koordinierung im Bereich Transport sowie besondere Leitlinien für die Aufnahme und Unterstützung von Kindern in Zusammenarbeit mit der [Asylagentur der Europäischen Union](#).

Während der Debatte und in der Entschließung, deren Abstimmung am Donnerstag auf der Tagesordnung steht, werden die Abgeordneten voraussichtlich betonen, wie wichtig es ist, Kinder und Jugendliche, die aus der Ukraine kommen, vor Menschenhandel und Ausbeutung zu schützen und ihren Zugang zu Bildung in den Mitgliedsstaaten zu unterstützen.

Hintergrund

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine waren [mehr als vier Millionen Menschen](#) gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und Zuflucht zu suchen, vor allem in den EU-Nachbarländern Polen, Rumänien, Ungarn, Slowakei und Tschechien sowie in der Republik Moldau. Fast die Hälfte der Geflüchteten sind nach Angaben von [UNICEF](#) minderjährig und bedürfen eines verstärkten Schutzes, da für sie ein größeres Risiko besteht, Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung zu werden.

Debatte: Dienstag, 5. April

Abstimmung: Donnerstag, 7. April

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[Die Reaktion der EU auf die Flüchtlingskrise in der Ukraine](#)

[Krieg in der Ukraine: Abgeordnete stellen Nothilfe für Flüchtlinge bereit \(24.03.2022\)](#)

[Aggression Russlands gegen die Ukraine: Abgeordnete loben außergewöhnliche Solidarität mit Flüchtlingen \(8.03.2022\)](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments zu Russlands Aggression gegen die Ukraine \(1.03.2022\)](#)

[Multimedia-Material](#)

Debatte mit Michel und von der Leyen zu den Ergebnissen des EU-Gipfels im März

Am Mittwochmorgen werden die Abgeordneten mit den Präsidenten Charles Michel, Ursula von der Leyen und dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell die Ergebnisse des EU-Frühjahrgipfels erörtern.

Auf der Tagesordnung des [Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs am 24.-25. März](#) standen die russische Invasion in der Ukraine, die internationalen Sanktionen gegen das Regime von Wladimir Putin und die allgemeinen Folgen für die Wirtschaft der EU - mit besonderem Schwerpunkt auf den Energiepreisen. Am ersten Tag des Gipfels nahm US-Präsident Joe Biden persönlich an den Gipfelberatungen teil, und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj war per Videokonferenz zugeschaltet.

In einer weiteren Debatte am Dienstagabend geht es um die Ergebnisse des EU-China-Gipfels, der für Freitag, den 1. April, geplant ist und sich voraussichtlich mit der Position Chinas zur russischen Invasion und der Zukunft der bilateralen Beziehungen, insbesondere in den Bereichen Handel und Sicherheit, befassen wird.

Debatte: Mittwoch, 6. April

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates \(24./25. März\)](#)

[Rede der Präsidentin des Europäischen Parlaments: „This is our moment: President Metsola to EU leaders“ \(24.03.2022, auf Englisch\)](#)

[Kostenloses Foto, Video- und Audiomaterial](#)

Zwei Jahre Von-der-Leyen-Kommission: Aktuelle Fragestunde

Am Dienstag um 15:00 Uhr befragen die Abgeordneten die Kommission zu ihrer Bilanz der letzten zwei Jahre und zur Umsetzung ihrer politischen Prioritäten.

Die derzeitige EU-Kommission hat ihr Amt am 1. Dezember 2019 angetreten, nachdem sie vom Europäischen Parlament bestätigt wurde. In der nächsten Woche werden die Abgeordneten die Arbeit der Kommission der ersten zwei Amtsjahre bewerten.

Fragestunde

Die Debatte wird in Form einer Frage- und Antwortrunde stattfinden, um die Diskussion ansprechender zu gestalten. Diese und andere neue Funktionen werden während der Plenartagungen im April, Mai und Juni 2022 getestet und anschließend von der Konferenz der Präsidenten des Parlaments bewertet.

Diese „Fragestunde“ gibt den Abgeordneten die Möglichkeit, die Kommission zu bestimmten aktuellen Themen zu befragen, die von der Konferenz der Präsidenten beschlossen und dem EU-Außenbeauftragten und der Kommission mitgeteilt werden. Jeder Abgeordnete hat eine Minute Zeit, um seine Frage zu stellen, gefolgt von einer Antwort von bis zu zwei Minuten und einer möglichen Anschlussfrage, nicht länger als 30 Sekunden, und einer zweiten Antwort des Kommissionsmitglieds von bis zu zwei Minuten.

Fragestunde: Dienstag, 5. April

Verfahren: Fragestunde für die EU-Kommission

Fragestunde mit Josep Borrell zu den Sicherheits- und Verteidigungsplänen der EU

Am Dienstag werden die Abgeordneten den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zur Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der EU für das kommende Jahrzehnt befragen.

Der [Strategische Kompass](#), der von den [EU-Ministern angenommen](#) und vom Europäischen Rat in der vergangenen Woche gebilligt wurde, skizziert den Aktionsplan der EU zum „Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen, und zur Förderung von Frieden und Sicherheit in der Welt“. Er fordert die EU auf, mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit zu übernehmen und ihre kollektiven Selbstverteidigungsfähigkeiten zu verbessern.

Fragestunde

Die Debatte wird in Form einer Frage- und Antwortrunde stattfinden, um die Diskussion ansprechender zu gestalten. Diese und andere neue Funktionen werden während der Plenartagungen im April, Mai und Juni 2022 getestet und anschließend von der Konferenz der Präsidenten des Parlaments bewertet.

Diese „Fragestunde“ gibt den Abgeordneten die Möglichkeit, die Kommission zu bestimmten aktuellen Themen zu befragen, die von der Konferenz der Präsidenten beschlossen und dem EU-Außenbeauftragten und der Kommission mitgeteilt werden. Jeder Abgeordnete hat eine Minute Zeit, um seine Frage zu stellen, gefolgt von einer Antwort von bis zu zwei Minuten und einer möglichen Anschlussfrage, nicht länger als 30 Sekunden, und einer zweiten Antwort des Kommissionsmitglieds von bis zu zwei Minuten.

Debatte: Dienstag, 5. April

Verfahren: Fragestunde für den EU-Außenbeauftragten

Weitere Informationen

[Strategischer Kompass: Informationsblatt der Kommission](#)

[Video der Aussprache mit Josep Borrell im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten nach der Annahme im Rat am 22. März 2022](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Strategische Autonomie der EU vor dem Hintergrund des russischen Kriegs in der Ukraine“, \(10.3.2022, auf Englisch\)](#)

„Green Deal“: Neue Leitlinien für transeuropäische Energieinfrastruktur

Das Parlament will aktualisierte Regeln für die Förderwürdigkeit von Energieprojekten billigen und somit die bestehende Verordnung an den Grünen Deal der EU anpassen

Der Gesetzesentwurf, der bereits mit den EU-Ministern abgestimmt ist, steht am Mittwoch zur Debatte und zur Abstimmung. Er legt die Kriterien und die Methode für die Auswahl von Energievorhaben von gemeinsamem Interesse fest, wie z. B. Hochspannungsleitungen, Pipelines, Energiespeicher oder intelligente Netze, die schneller genehmigt und für EU-Förderung in Frage kommen würden. Vorhaben von gemeinsamem Interesse gelten als wesentlich für die Verwirklichung von EU-Zielen wie ein engerer Verbund zwischen den nationalen Märkten, größere Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Förderung erneuerbarer Energien.

Debatte: Dienstag, 5. April

Abstimmung: Dienstag, 5. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(26.01.2022, auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Zdzisław KRASNOŁĘBSKI \(EKR, PL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Überarbeitung der TEN-E-Verordnung: EU-Leitlinien für neue Energieinfrastrukturen“ \(auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Klimawandel: Debatte über beunruhigenden neuen UN-Bericht

Debatte am Montag mit Kommission und Rat über den jüngsten Bericht des Weltklimarates, in dem dringende Maßnahmen zur Begrenzung einer globalen Erwärmung auf 1,5°C gefordert werden.

Am 28. Februar 2022 veröffentlichte der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (Weltklimarat oder IPCC), der regelmäßig die wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels, seine Auswirkungen und künftigen Risiken bewertet, den neuesten Bericht mit dem Titel „*Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability*“.

Die neue Bewertung zeigt, dass das Ausmaß und der Umfang der Auswirkungen des Klimawandels größer sind als zuletzt vom IPCC im Jahr 2014 bewertet. Sie zeigt auch, wie der vom Menschen verursachte Klimawandel gefährliche und verbreitete Störungen in der Natur verursacht und das Leben von Milliarden von Menschen beeinträchtigt.

Ohne dringende Maßnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C wird die Anpassung an den Klimawandel kostspieliger, ineffizienter und in einigen Fällen sogar unmöglich.

Hintergrund

Das Parlament [rief am 28. November 2019 den Klimanotstand aus](#) und [verabschiedete am 24. Juni 2021 das EU-Klimagesetz](#). Mit diesem Gesetz verpflichtet sich die EU, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % zu reduzieren und bis 2050 klimaneutral zu werden.

Debatte: Montag, 4. April

Verfahren: Erklärungen der Kommission

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[IPCC-Bericht „Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability“](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

„Fit für 55“: Abstimmung über Marktstabilitätsreserve für den Emissionshandel

Debatte und Abstimmung zur Verlängerung der Marktstabilitätsreserve des EU-Emissionshandelssystems, um es vor externen Schocks wie COVID-19 zu schützen.

Die Marktstabilitätsreserve (MSR) des EU-Emissionshandelssystems (EU-EHS) ist Teil des „Fit für 55“-Pakets, das den Plan der EU darstellt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Einklang mit dem europäischen Klimagesetz um mindestens 55% gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken.

Die MSR wurde 2019 eingeführt, um den Markt zu stabilisieren und das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei Zertifikaten im Markt zu beheben. Durch die MSR wird das Angebot an Emissionszertifikaten im ETS stärker an die Nachfrage angepasst, indem die Gesamtzahl der im Umlauf befindlichen Zertifikate verringert oder erhöht wird.

Am Montag werden die Abgeordneten erörtern, ob die MSR bis 2030 verlängert werden soll, um sich vor externen Schocks wie COVID-19 zu schützen. Die Abstimmung ist für Dienstag vorgesehen.

Debatte: Montag, 4. April

Abstimmung: Dienstag, 5. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Pressemitteilung - "ETS: Environment MEPs want to extend the Market Stability Reserve to 2030" \(15.03.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Revision of the market stability reserve for the EU emissions trading system: Fit for 55 package" \(auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen: Bilanz der EU-Reaktionen

Am Mittwochnachmittag befragen die Abgeordneten Rat und Kommission zu deren bisherigen Reaktionen auf die Rückschritte in Bezug auf die Demokratie in Ungarn und Polen

Die [Europäische Kommission](#) hat im Dezember 2017 ein Verfahren nach [Artikel 7 des EU-Vertrags](#) eingeleitet, um auf die Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit und die EU-Werte in Polen zu reagieren. Dieser Schritt wurde vom [Europäischen Parlament](#) in einer [Entschließung im März 2018](#) unterstützt. In Bezug auf Ungarn leitete das [Parlament im September 2018](#) das Verfahren nach [Artikel 7](#) ein.

Trotz der [Verschlechterung der Lage in beiden Ländern in den letzten Jahren](#) hat der Rat es jedoch vermieden, eine Abstimmung darüber abzuhalten, ob eine „eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der gemeinsamen Werte der EU besteht, was der nächste Schritt im Verfahren nach [Artikel 7](#) wäre. Die Abgeordneten werden die französische Ratspräsidentschaft auffordern, die Angelegenheit weiter voranzutreiben und die Kommission zu weiteren Maßnahmen zu befragen, um die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

Neben mehreren Debatten zur Überprüfung der Situation auf Ausschuss- und Plenarebene sind Delegationen des Europäischen Parlaments in den letzten Monaten sowohl nach [Ungarn](#) als auch nach [Polen](#) gereist, um die Lage der Demokratie und der Grundrechte vor Ort zu bewerten und Vertreter der Regierung, der Justiz, der Opposition sowie der Zivilgesellschaft und der Medien zu treffen.

Debatte: Mittwoch, 6. April

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[Bedenken zur Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten: Was die EU unternehmen kann \(Infografik\)](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments zur Rechtsstaatlichkeit und den Konsequenzen des Urteils des EuGH \(10.03.2022\)](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Krise im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit in Polen und dem Vorrang des Unionsrechts \(21.10.2021\)](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments zu Verstößen gegen das EU-Recht und die Rechte von LGBTIQ-Bürgern in Ungarn infolge der im ungarischen Parlament angenommenen Gesetzesänderungen \(8.07.2021\)](#)

[Multimedia-Material \(Ungarn\)](#)

[Multimedia-Material \(Polen\)](#)

Recht auf Reparatur: Was die Abgeordneten von der Kommission erwarten

Ein neues „Recht auf Reparatur“ muss Waren haltbarer und reparierbarer machen und eine bessere Kennzeichnung zur Verbraucherinformation sowie eine Erweiterung der Garantierechte umfassen

Am Donnerstag werden die Abgeordneten über eine Entschließung abstimmen, in der sie ihre Erwartungen an die bevorstehende Initiative der Kommission zum „Recht auf Reparatur“ für Verbraucher darlegen. In dem Textentwurf wird betont, dass ein wirksames Recht auf Reparatur den Lebenszyklus eines Produkts berücksichtigen sollte, ebenso wie Produktdesign, ethische Produktion, Standardisierung, Kennzeichnung zur Reparierbarkeit und zur erwarteten Haltbarkeit eines Produkts. Zu einem angemessenen Recht auf Reparatur gehört nach Ansicht der Abgeordneten auch, dass die Reparaturindustrie und die Verbraucher kostenlosen Zugang zu Informationen über Reparatur und Wartung erhalten.

Praktiken, die das Recht auf Reparatur in unangemessener Weise einschränken oder zur Veralterung von Produkten führen, könnten als „unlautere Geschäftspraktiken“ betrachtet werden und auf eine schwarze Liste gesetzt werden. Die Abgeordneten schlagen unter anderem vor, den Verbrauchern Anreize zu geben, ein Produkt reparieren zu lassen, anstatt es zu ersetzen. Sie empfehlen auch die Entwicklung langlebigerer Produkte und harmonisierter Regeln für Verbraucherinformationen (einschließlich „Reparaturbewertungen“, geschätzter Lebensdauer, Ersatzteile und Verfügbarkeit von Software-Updates).

Abstimmung: Donnerstag, 7. April

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(16.03.2022, auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen „Recht auf Reparatur“](#)

[EP Multimedia-Center: Kreislaufwirtschaft](#)

Situation der Frauen in Afghanistan

Nach der drastischen Verschlechterung der Frauenrechte in Afghanistan werden die Abgeordneten mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell am Dienstag die Lage in dem Land bewerten.

Die Taliban haben vor kurzem angekündigt, dass sie Mädchen ab der 6. Klasse bis auf weiteres nicht mehr zur Schule gehen lassen und damit frühere Versprechen, Frauen oberhalb eines bestimmten Alters Zugang zu Bildung zu gewähren, rückgängig gemacht.

Die Taliban haben auch andere Verbote verhängt, wie z.B. das Verbot für Frauen, ohne einen männlichen Vormund zu fliegen. Die Abgeordneten werden am Dienstagnachmittag in einer Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten, Josep Borrell, die jüngsten Entwicklungen in dem Land bewerten. Am Mittwoch wird eine Resolution zur Abstimmung gestellt.

Im Februar organisierte das Europäische Parlament die „[Afghanischen Frauentage](#)“ - eine Reihe von Veranstaltungen, die die katastrophale Situation der Frauen in dem Land beleuchten sollten. Eine Gruppe [afghanischer Frauen war auch unter den Finalisten für den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2021](#).

Debatte: Dienstag, 5. April

Verfahren: Erklärung des EU-Außenbeauftragten

Weitere Informationen

[EP Multimedia_Center: kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Europäisches Datengesetz: Förderung des EU-weiten Datenaustauschs

Das Parlament wird am Mittwoch über neue Pläne abstimmen, um Daten für Firmen oder Start-ups zugänglicher zu machen und so Innovationen zu fördern.

Das Daten-Governance-Gesetz (*Data Governance Act, DGA*), auf den sich die Abgeordneten bereits mit den EU-Regierungen geeinigt haben, soll den Datenaustausch fördern und dazu beitragen, das Potenzial der Künstlichen Intelligenz zu erschließen. Es legt neue EU-Regeln für die Neutralität von Datenmarktplätzen fest, erleichtert die Wiederverwendung [bestimmter Daten im Besitz des öffentlichen Sektors](#) - z.B. bestimmter Gesundheits-, Agrar- oder Umweltdaten - und schafft [gemeinsame europäische Datenräume in strategischen Bereichen](#) wie Gesundheit, Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Mobilität, Finanzen, Produktion, öffentliche Verwaltung und Qualifikationen.

Während der Verhandlungen stellten die Abgeordneten sicher, dass es keine Schlupflöcher gibt, die es Betreibern aus Nicht-EU-Ländern ermöglichen, das System zu hintergehen, indem sie die Bestimmungen über Vertrauen und fairen Zugang stärkten. Die Abgeordneten haben auch genaue Anforderungen an die Dienstleistungen festgelegt, die unter die neue DGA fallen werden.

Hintergrund

Nach [Angaben der Europäischen Kommission](#) wird sich die Menge der von öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Bürgern erzeugten Daten zwischen 2018 und 2025 voraussichtlich verfünffachen. Die neuen Vorschriften würden die Nutzung dieser Daten ermöglichen und den Weg für bereichsbezogene europäische Datenräume ebnen, zum Vorteil von Bürgern, Unternehmen und der gesamten Gesellschaft.

Debatte: Mittwoch, 6. April

Abstimmung: Mittwoch, 6. April

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Mittwoch, 6. April, 10:30 Uhr

Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts über europäische Daten-Governance \(Daten-Governance-Gesetz\)](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(30.11.2021, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Angelika Niebler \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Daten-Governance-Gesetz“](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Verstöße gegen das Recht auf Asyl, auf Leben und auf Nichtzurückweisung in Griechenland - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr - Empfehlung für die zweite Lesung: Cláudia Monteiro de Aguiar
- Stärkung der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit durch Lohntransparenz und Durchsetzungsmechanismen, Abstimmung Dienstag
- Leitlinien für den EU-Haushalt 2023 - Bericht: Nicolae Ștefănuță, Debatte und Abstimmung Dienstag
- Dringende Notwendigkeit zur Annahme der Richtlinie zur Mindestbesteuerung, Erklärung der EU-Kommission
- Der globale Ansatz für Forschung und Innovation – Europas Strategie für internationale Zusammenarbeit in einer sich verändernden Welt - Anfrage zur mündlichen Beantwortung
- Der Schengen-Evaluierungsmechanismus - Bericht: Sara Skytvedal
- Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2023 - Bericht: Niclas Herbst
- Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung - Bericht: Domènec Ruiz Devesa
- Die Zukunft der Fischerei im Ärmelkanal, in der Nordsee, in der Irischen See und im Atlantischen Ozean - Bericht: Manuel Pizarro
- Schutz der Rechte des Kindes in zivil-, verwaltungs- und familienrechtlichen Verfahren - Bericht: Adrián Vázquez Lázara
- Die Lage ausgegrenzter Roma-Gemeinschaften in der EU - Erklärung der Kommission